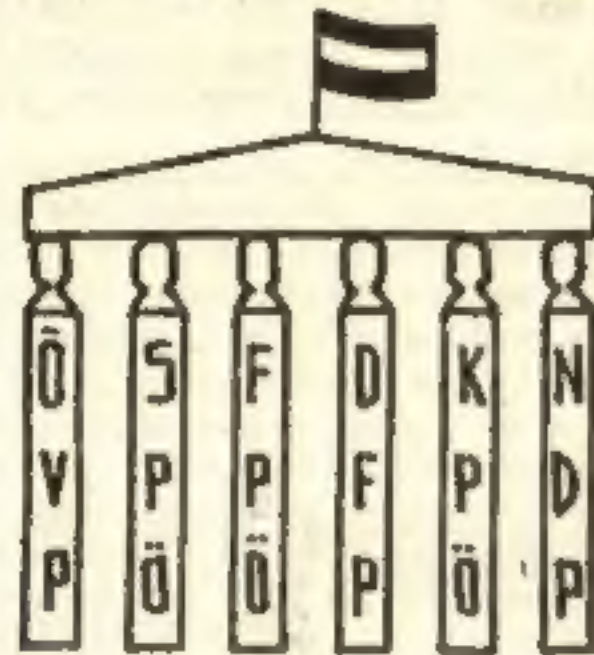




Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

1970
Februar
Nummer 36

DER PARLAMETARISMUS



...ist Kulisse für die Herrschaft des Kapitals

...schützt die kapitalistischen Haifische

...züchtet politische Geschäftemacher

...schláfert die Arbeiter ein

...ist Machtmittel des Kapitals ...und ...und ...und ...

Wer die Macht hat, macht die Wahlen! Für die arbeitende Bevölkerung gibt es in Österreich nichts zu reden und nichts zu wählen. Daher:

Boykottiert die Schwindelwahlen!

„Der Kommunist“, Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), Herausgeber und Verleger: Alfred Joscha, alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien; Erscheinungsort Wien.



DER KOMMUNIST

Februar 1970
Nummer 36

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter
Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

WAHLBOYKOTT!

Arbeiter! wieder kommt die Stunde des Wahlschwindeltheaters. Wieder lassen die außerparlamentarischen Machthaber der privaten und der sogenannten verstaatlichten Industrie alle Minen springen, um die arbeitenden Menschen in dem Glauben zu erhalten, daß der in eine Holzkiste geworfene Stimmzettel die Verwirklichung des Artikels 1 der Österreichischen Bundesverfassung bedeute. Dieser Artikel besagt, daß alle Macht vom Volk ausgeht. In Wahrheit liegt in Österreich, wie in jedem kapitalistischen Staat, die Macht einzig und allein in den Händen des Monopolkapitals und seiner bürokratischen Mafia. In Wahrheit benötigen die Herren Eure Stimme nur als Alibi für ihre uneingeschränkte bürgerliche Diktatur über und gegen das Volk.

Die arbeitenden Menschen haben in Österreich nichts zu reden und nichts zu wählen! Gleichviel wer im Parlament sitzt, ob ÖVP, SPÖ, FPÖ oder „KPÖ“. Dieses Parlament entscheidet nichts; entschieden wird einzig und allein auf außerparlamentarische Weisung des staatlichen und privaten Monopolkapitals.

Wer die Macht hat, der macht die Wahlen! Daß dies bereits dem Empfinden breiter Schichten unseres Volkes entspricht, haben die letzten Wiener Landtagswahlen bewiesen, denen 25 Prozent der Wahlberechtigten ferngeblieben sind. Die Machthaber in Österreich erkennen die Gefahr, die ihnen aus dieser Richtung droht, sehr wohl. Deshalb mauscheln sie in letzter Zeit dauernd über eine „permanente Demokratisierung“ und über den Kinbau der Jugend in ihr verfaultes System.

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (VRA) hat daher die historische Aufgabe übernommen, das Empfinden breiter Schichten der Arbeiterklasse über die Sinnlosigkeit solcher Wahlen zu verallgemeinern und den Massen bewußt zu machen.

Unser Aufruf die Wahlen zu boykottieren, enthält daher keinerlei Lob der Passivität. Im Gegenteil! Er ist vielmehr eine Aufforderung zur aktiven Wahlenthaltung. Aktive Wahlenthaltung übt derjenige, der diese Handlung als bewußten Schlag gegen die herrschende Klasse und ihr System begreift. Aktive Wahlenthaltung übt derjenige, der diesen Akt nicht als vereinzelte Aktivität versteht, sondern als ersten Schritt zu zahllosen politischen Aktivitäten in der Zukunft; zu Aktivitäten freiwillig, die den Wahlfirlefanz beiseiteschieben und ihn als das erkennen, was er ist: als eine Leinrute des Monopolkapitals zur Sicherung seiner brutalen Herrschaft.

WAHLEN HEISST DIE BÜRGERLICHE DIKTATUR STÄRKEN!

WAHLEN HEISST DIE HISTORISCHE GALGENFRIST EINES ANGELEBEN SYSTEMS KUNSTLICH VERLÄNGERN!

WAHLEN HEISST UNPOLITISCH PASSIV SEIN!

Daher gilt für die arbeitenden Menschen die Parole: AKTIVAR WAHLBOYKOTT!

ERFAHRUNGEN UND AUFGABEN

Aus den Diskussionsbeiträgen der Vorarlberger Vertreter bei der Konferenz in Innsbruck am 7. und 8. Dezember der VRAÖ (M-L)

Zu Punkt 1 der Tagesordnung "Erfahrungs und Meinungsaustausch, Entwicklung und Zustand unserer Organisation, Erfolge und Probleme" wurde von Genossen M. namens der Vorarlberger Genossen, nach Vorstellung der Delegierten Überbringung der Grüße der Daheimgebliebenen, ausgeführt:

Wir verzichten auf eine ausführliche Darstellung der Tätigkeit und der Erfolge der Vorarlberger Landesgruppe, da ja darüber regelmäßig in unserer Presse berichtet wurde, z.B.: Analyse der Lage in Vorarlberg, Jahresplan der Vorarlberger Organisation, Boykott der Schwindel-Landtagswahlen in Vorarlberg usw. - Wir fanden es zweckmäßiger, über die gewonnenen Erfahrungen und die gegenwärtige Situation zu berichten, aber auch unsere letzten Beschlüsse (gefaßt auf der Mitglieder-Versammlung der Landesgruppe vom 15. 11. 69) zur weiteren Festigung unserer Landesgruppe darzulegen.

Was die Berichte in der Zeitung betrifft, so sollte aus ihnen nicht ein Eindruck entstehen, der unsere Arbeit überbewerten ließe. Man darf nicht vergessen, daß Vorarlberg ja ein besonders harter Boden ist. Die Genossen können aber versichert sein, dass wir auch weiterhin unser Möglichstes tun werden, wie auch wir umgekehrt von den Genossen erwarten, daß sie weiterhin zum gemeinsamen Werk beitragen werden.

Wie begann es in Vorarlberg?

Vor allem half uns unsere Zeitung "Der Kommunist", die Grundlage einer Plattform herzustellen, auf welcher sich Genossen zusammenfanden und eine richtige Linie und Ausrichtung gefunden werden konnte. Unsere nächsten Schritte waren: Werbung von Mitgliedern, von Lesern und Abonnenten unserer Presse, Herstellung von Kontakten zu uns Nahestehenden, besonders zu jungen Menschen (u.a. Schülern). Sodann folgten: schrittweise organisatorische Festigung und regelmäßige Gestaltung unserer Organisationstätigkeit.

Wie war es möglich, daß sich unsere Landesgruppe festigen konnte, obwohl sie so weit von unserer Wiener Organisation entfernt liegt? Das erklärt sich vor allem durch folgende vier wesentliche Punkte:

Beiträge aus Tirol und Oberösterreich

WILLKÜR!

Unter dem Titel "Beamtendiktatur" brachte vor einiger Zeit die "Tiroler Tageszeitung" einen Bericht über die Eröffnung des Autobahnteilstückes Wengselders. Die erwähnte Zeitung ist nun alles andere als fortschrittlich eingestellt: das Gegenteil ist der Fall. Also?

Die Angelegenheit ist einfach geschildert: Wegen einiger fehlender Verkehrsschilder wurde der Verkehr von der Autobahn nach Wattens und von dort auf sie ganz einfach untersagt. Und zwar von irgendeinem Beamten der Bezirksbaubehörde, der durch ein Bild in besagter Zeitung darauf aufmerksam wurde. Die "Begründungen" der jeweiligen Seite brauchen nicht näher beleuchtet zu werden; sie sind fadenscheinig genug. Geht es doch hier nicht - und schon gar nicht der "Tiroler Tageszeitung" - um berechnete Rebellion gegen Willkürakte behördlicher Bürokratie, sondern um die gekränkte Eitelkeit - du, eines vorlauten Redakteurs und dort, um die eines Beamten.

Trotzdem ist die Sache symbolisch und man sollte daraus die Lehren ziehen. (Ob das nun in der Absicht des Redakteurs lag oder nicht.) Fälle der Beamtenwillkür sind ja in Österreich gang und gäbe. In den aller kleinsten Fällen ist sie immer wieder zu spüren. Sie ist Ausdruck der Liebedienerei der Bürokratie vor der herrschenden Bourgeoisie, die sie beschäftigt und bezahlt als willfährige Unterdrückungswerkzeuge. Es ist doch so: auf welches Amt immer man kommt, erhält man zuerst eine Lektion im Kuschen und Gehorsam vor der Obrigkeit. Mag es wie immer sein, "Recht" hat immer die Bürokratie. "So kämen wir denn da hin, wenn die Meinung des einfachen Staatsbürgers gelten sollte."

Fortsetzung →

Die herrschenden Ausbeuter wissen genau, warum sie so vielen großen und kleinen Bürokraten und Apparatlenten Gelegenheit geben, ohne viel Mühe ihr Geld (oft nicht wenig) zu verdienen. Weil sie ein gewichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Macht sind. Die arbeitende Bevölkerung aber muß sich etwas zu Herzen nehmen und befolgen: Das was Mao Tse-tung sagt: Rebellion gegen alle Reaktionen ist berechtigt!

PARADOX?

Während einer Mieterverhandlung beim Bezirksgericht Braunau sagte der Richter etwas von "auf die Straße setzen", was er wenige Monate später durch Beschluß, mich am 1.7.1969 zu delogieren, verwirklichen wollte. Ich sollte nicht delogiert werden, weil die Miete von mir nicht pünktlich bezahlt oder weil ich ein Säufzer oder Randalierer gewesen wäre. Aber Hausherrn passt es eben nicht, wenn man ihnen auf die Finger schaut. Und um sich so eines Mieters zu entledigen, geht es ein Hausherr eben zu Gericht. "Glaubhafte" Gründe wie "Eigenbedarf" finden sich immer und Richter, die das konstatieren, auch. Dadurch, daß ich inzwischen eine Wohnung fand, kam es nicht dazu.

Anders ist es aber, wenn Staatsbürger im kapitalistischen System gegen Ausbeutung und Unterdrückung demonstrieren und sich als Zeichen des Protestes auf die Straße setzen. Da werden sie mit Polizeiknüppel vertrieben.

Kurz: Die Justiz setzt einen Staatsbürger auf die Straße, weil es im Interesse der Besitzenden ist. Der Innenminister hingegen vertreibt die sitzenden Staatsbürger von der Straße, weil es das gleiche Interesse verlangt. Beides mit Gewalt und Unterdrückung. Das scheint paradox, liegt aber im System.

Daher am 1. März: Wahlboykott!

a.) Wir konnten uns auf verlässliche Genossen in Wien und ihre ständige Hilfe stützen, und wir pflegten von vornherein einen Arbeitsstil, der gekennzeichnet ist durch gegenseitiges Vertrauen bei gleichzeitiger Wachsamkeit, durch Ehrlichkeit sowie dadurch, dass wir bei allen Überlegungen stets die gemeinsame Sache als Ausgangspunkt nahmen.

b) uns half die hervorragende Zeitung sowie anderes Material (vor allem das "Rote Buch", die "Peking Rundschau" usw.).

c) Wir hielten konsequent die richtige ideologische Linie ein.

d) In unserem Bundesland fanden sich Genossen zusammen, die gleichermaßen durch entsprechende Eigenschaften wie Zusammenhalt, feste gemeinsame Linie, Verlässlichkeit und klares politisches Bewußtsein fähig waren, in mühevoller Kleinarbeit eine regelmäßige Tätigkeit in die Wege zu leiten. Die erste (Gründungs-) Etappe unserer Landesgruppe liegt bereits hinter uns.

Wie schätzen wir die Gesamtlage der abgelaufenen Zeit bis heute ein?

Es war für uns anfangs günstig, daß sich in derselben Zeit eine sehr fortschrittliche VSM-Gruppe in Vorarlberg entwickelte und wir zu einigen dieser Leute gute Kontakte hatten. Wir konnten daher mit gegenseitiger Unterstützung einen großen Teil unserer Arbeit erfolgreicher bewältigen. Leider hatte diese Gruppe nur kurzen Bestand; schärfste Angriffe des Gegners, Fehlen einer richtigen Führung - vor allem im VSM in Wien - sowie Unerfahrenheit und Schwierigkeiten dieser jungen Genossen führten zu ihrem Zerfall. Ähnliche (negative) Ergebnisse brachten auch einige erfolversprechende Kontakte zu anderen, meist jungen Genossen, welche aber leider nicht die Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Organisation erkannten, nicht gewonnen werden konnten und überdies dadurch für uns verloren gingen, daß sie nach Wien, Westdeutschland oder anderswohin wegzogen. Ebenso gab es noch einige Genossen, welche aus verschiedenen anderen Gründen (keine politischen) nicht mehr zur Verfügung standen.

Die Zahl unserer ständigen Leser und Bezieher von Probenummern unserer Zeitungen kam, te aber erhöht werden. Auch der Kern in der Gruppe wurde politisch und zahlenmäßig stärker. Organisatorisch wurde ebenfalls vieles verbessert.

Fortsetzung auf Seite 4 →

Wir waren daher trotz Rückschlägen in der Lage, zu den Landtagswahlen unsere Boykottaktion zu beschließen und erfolgreich durchzuführen. In der bereits anfangs erwähnten Mitgliederversammlung wurde die Situation eingehend studiert und diskutiert; es wurden folgende Beschlüsse gefaßt, die uns helfen sollen, weiter vorwärtszuschreiten:

- 1.) Weitere Herstellung von Kontakten, Werbung von Mitgliedern und Lesern.
- 2.) Durch Besuche von verschiedenen Veranstaltungen die Möglichkeit zu nützen, an Menschen, vor allem junge, heranzukommen, Material zu verteilen oder in Diskussionen aufzutreten usw.
- 3.) Alle 14 Tage ab sofort, jeweils Sonntag vormittag um 9,30 Uhr einen Treff abzuhalten, nach Möglichkeit Freunde mitzubringen, über die Zeitung zu diskutieren, aktuelle Probleme und Ereignisse sowie die laufende Tätigkeit zu besprechen und zu planen (Schwerpunkt: junge Leute, Kontakte zu fortschrittlichen Gruppen).
- 4.) Festigung der finanziellen Basis durch Spenden- und Kampffondsammlungen, Zeitungs- und Literaturverkauf usw. Bemühungen um ein Lokal usw.
- 5.) Verbesserung der Arbeit auf verschiedenen Gebieten: Regelmäßige Zielsetzung (Arbeitsplan), Verbesserung der Schulung sowie intensives Studium unseres Materials und unserer Presse. Die Genossen anzuregen, mehr als bisher an unseren Zeitungen mitzuarbeiten. Verbesserung des Kontaktes zur Leitung in Wien und zu den Mitgliedern.
- 6.) Jeder Genosse soll sich bemühen, einen oder mehrere Tage regelmäßig als "politischen Arbeitstag" sich vorzunehmen, um besondere Aufgaben zu erledigen (Besuche, Agitation, Werbung usw.).

Auch die Erfahrungen und Ergebnisse dieser Konferenz werden uns helfen, Schwierigkeiten zu überwinden, auf dem bereits gebahnten Weg weiterzugehen, neue Erfolge zu erkämpfen.

Das Geschäft mit den Mördern

Nickel, ein chemischer Grundstoff, ist unentbehrlich für die Rüstungsindustrie und für das Pentagon. Ohne Nickel kein Bombensupplisch, kein Artilleriebeschuß, kein Messaker an vietnamesischen Zivilisten. Ohne Nickel also keine freie Welt.

Und ausgerechnet in der kanadischen *International Nickel Company*, dem Lieferanten der US-Rüstungsindustrie, streikten 17 200 Arbeiter. Doch damit nicht genug. Ein teuflischer Zufall wollte es, daß ein Großbrand auch die neukaledonischen Rothschild-Nickelminen stilllegte. Woher nun also Nickel nehmen? Da war ganz Rat teuer; teuer in jeder Beziehung, denn der Weltmarktpreis für das Kilogramm des nunmehr gierig begehrten Schwarzenells stieg von 60 auf 431 Schilling. Aber die Vorräte gingen zu Ende, und was nützt der schärfste Preis, wenn einfach kein Nickel mehr da ist, das man haben könnte?

Eine Katastrophe schien sich anzubahnen. Die Rüstungsfabriken, das Pentagon, das Abendland, die heiligsten Güter der Menschheit waren bedroht. Freiheit, Christentum, Demokratie, sollte das alles wirklich zum Teufel gehen, nur wegen eines lächerlichen Rohstoffmangels? Pessimisten sa-

hen bereits ruinierte Waffenfabriken aus dem Fenster springen, verzweifelte Generale sich die Kugel geben, bitterlich schluchzende Politiker das Gas aufdrehen. Sollte es wahrhaftig zu solch ergreifenden Szenen kommen?

Gott sei Dank, nein. Denn die machtvolle Sowjetregierung, der Garant für Frieden und Sicherheit, der behrte Anwalt des internationalen Proletariats, hatte ein Einsehen. Und Breschnew hatte wohl — wie sonst immer bei feierlichen Anlässen — Tränen in den Augen, als er sich entschloß, den 17 200 streikenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Die schwerbedrängte amerikanische Rüstungsindustrie bekam also das dringend benötigte Nickel — aus Rußland. Nicht umsonst natürlich, denn die Sowjetregierung braucht Devisen. Für Devisen muß man aber Opfer bringen, das ist klar, und es kann der Sowjetregierung nicht hoch genug angerechnet werden, daß sie zu jedem Opfer bereit ist. Für Devisen opfert sie die Solidarität und, wenn's rein muß, auch die vietnamesische Bevölkerung.

Die streikenden Arbeiter und die vom Massenmord bedrohten Vietnamesen werden soviel Opfermut zu schätzen wissen.

Auch in Japan:

SCHWINDELWAHLEN WERDEN BOYKOTTIERT

Eines der wesentlichen Merkmale unserer Epoche, in der der Imperialismus seinem endgültigen Untergang und der Sozialismus seinem weltweiten Triumph entgegengeht, ist die Tatsache, daß die Volksmassen in den "entwickelten" kapitalistischen Ländern immer mehr die verlogene "parlamentarische Demokratie" der Bourgeoisie durchschauen und in immer stärkerem Maße die Schwindelwahlen boykottieren. Was wir bei der Wiener Landtagswahl im April 1969 erlebten, was sich dann bei den Präsidentenwahlen in Frankreich und bei den Kommunalwahlen in Westdeutschland abspielte, wiederholte sich Ende des vergangenen Jahres in Japan, diesem neuesten "Wirtschaftswunderkind" des imperialistischen Weltsystems.

Das wichtigste Ergebnis der japanischen Parlamentswahlen vom 27. Dezember war die ungewöhnlich große Zahl der Wahlenthaltungen. Hatten noch bei den letzten Wahlen, 1967, drei Viertel der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben, so boykottierten jetzt bereits ein Drittel die Schwindelwahlen! Die Wahlboykottierer erwiesen sich mit 23 Millionen als die stärkste "Partei"...

Die Zunahme der Wahlenthaltung ging vor allem auf Kosten der in sich zerstrittenen und in ihrer Haltung zu den lebenswichtigen außenpolitischen Fragen inkonsequenten SP. Auch die marxistisch-leninistische kommunistische Partei (Linke) boykottierte selbstverständlich die Wahlen. Doch konnte die revisionistische "K" F Miyamotos dank ihrer bürgerlich-nationalistischen Demagogie (sie verlangte z.B. lautstark die Rückgabe der 1945 an die Sowjetunion gefallenen Kurilen-Inseln) diese Verluste überkompensieren. Das Ansteigen ihrer Mandatszahl von 5 auf 14 verdankt sie aber dem eigenartigen japanischen Wahlsystem, da sich ihr Anteil an den gültigen Stimmen um weniger als die Hälfte (von 4,8 auf 6,8 Prozent) erhöhte und ihre Stimmenzahl sogar nur knapp ein Drittel zunahm.

Das famose Wahlsystem begünstigte vor allem die monopolkapitalistische Liberaldemokratische Partei des Ministerpräsidenten Sato, die ihre absolute Parlamentsmehrheit noch erhöhen konnte, obwohl ihr Stimmenanteil von 48,8 auf 47,6 Prozent (das sind 32 Prozent der 70 Millionen Wahlberechtigten) gesunken ist. Im japanischen Dorf pflegt man nämlich noch immer nach feudalem Brauch so abzustimmen, wie die Oberen bestimmen. Auf dem Lande war denn auch die Wahlbeteiligung höher (in den Städten betrug sie dagegen bloß 55 Prozent!), die LDP beinahe konkurrenzlos und die für ein Mandat benötigte Stimmenzahl oft zwei- bis dreimal geringer als in städtischen Wahlkreisen.

Die japanischen Wähler haben also keineswegs der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, wie die Massenmedien das behaupten. Die religiös gefärbte kleinbürgerlich-konservative Partei Komeito, die erst 1964 aufkam, konnte gerade deshalb ihre Mandatszahl von 25 auf 47 erhöhen, weil auch die so zahlreichen Kleinunternehmer mit der Politik Satos unzufrieden sind. Doch der deutlichste Beweis für den Massenprotest gegen diese Politik ist die Zunahme der Wahlboykottierer um mehrere Millionen. Darin äußert sich die Wirkung des jahrelangen heroischen Kampfes der revolutionären Arbeiter und Studenten gegen den "Sicherheitspakt" mit den USA und gegen die wachsende Ausbeutung durch das Monopolkapital.

++++

ACHTUNG!

Die Genossen und Leser vor allem aus den westlichen Bundesländern können jetzt mit unseren Vorarlberger Genossen direkten Kontakt aufnehmen. Persönliche Aussprachen können so vielleicht schneller aufgenommen werden. Die Anschrift: 6923 Lauterach, Fach 66

GEISTIGE KORRUMPIERUNG

Die Quelle der grenzenlosen geistigen Korruption, die uns das Spätzeitalter, in dem wir leben, tagtäglich präsentiert, liegt im Gegensatz zwischen der gesellschaftlichen Produktion und ihrer privaten Aneignung begründet.

Jede herrschende Klasse muss bestrebt sein, die Gesellschaft materiell und geistig mit ihrem Klasseninhalt zu erfüllen. Die junge aufstrebende Klasse kann dieser Aufgabe ohne Umschweife gerecht werden; mit ihr ist die Wahrheit der Zeit.

Auch das junge Bürgertum führte einen solchen Kampf unter der Parole "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" gegen den alten feudalistischen Klasseninhalt. Dieser Kampf war glaubwürdig, er entsprach der objektiven Wahrheit, weil das kapitalistische System im Vergleich zum feudalen einen Fortschritt darstellte; weil das kapitalistische System dazu berufen war, einerseits den Feudalismus zu stürzen, andererseits jene Klasse zu "gebären", deren Aufgabe es ist, über den Weg der Diktatur des Proletariats, die klassenlose Gesellschaft vorzubereiten.

Aber seit weit mehr als einem Jahrhundert hat das Bürgertum diese fortschrittliche Funktion verloren. Sein Klasseninhalt entspricht in keiner Weise mehr dem notwendigen Verlauf der Geschichte; er widerspricht ihm vielmehr gröblich. Da aber keine Klasse freiwillig abtritt, kann es sich das Bürgertum heute nicht mehr leisten, sich auf seine wahren Klasseninteressen zu berufen, sondern versucht hartnäckig seine schäbigen Bedürfnisse mit dem "allgemein Menschlichen" und "ewig Wahren" gleichzusetzen.

Nichts ist also heuchlerischer, als der Versuch der Bourgeoisie, ihre hässliche Weltanschauung mit dem Begriff "Menschheit" auf eine Ebene zu bringen.

Der Marxismus-Leninismus ist der Meinung, dass die Klassenexistenz und der Klassenkampf in der Klassengesellschaft die Quelle aller Erscheinungen darstellen. Die Interessen des Proletariats laufen zur Entwicklung der Geschichte parallel; es hat daher allen Grund furchtlos zu sein; es macht kein Hehl daraus, dass seine Ideologie eine Klassenideologie, erfüllt von Parteigeist, ist.

Auf der anderen Seite stehen die Interessen der Bourgeoisie, die der Entwicklung der Geschichte diametral zuwiderlaufen. Daher versucht sie immer wieder, den Klasseninhalt ihrer Ideologie zu verdecken; ihn als etwas darzustellen, das dem "ganzen Volk" gehört.

In diesem Verdecken des Klasseninhaltes hat die herrschende Klasse, unter Zuhilfenahme der modernen Massenmedien, eine bisher unerreichte Meisterschaft erworben. Während sie in den sogenannten unterentwickelten Ländern, deren Bevölkerung als billiger Rohstofflieferant ausgenutzt wird, mit herkömmlichen Begriffen, wie "Pflicht", "Anständigkeit", "Bedeutungslosigkeit der irdischen Existenz" usw. arbeitet, unterlässt sie in den hochentwickelten Industrieländern nichts, um die hierzulande schwächlich gewordenen philosophischen Prämissen durch eine Konsumationsideologie eigener Art zu stützen.

Wir Marxisten-Leninisten vertreten die Auffassung, dass die ständig steigenden Bedürfnisse der werktätigen Massen im Rahmen der allgemeinen sozialistischen Entwicklung zu befriedigen sind. Diese steigenden Bedürfnisse sind nach unserer Meinung geradezu unteilbar mit einem steigenden Bewusstseinsgrad der Bedürfnisträger verbunden. Ihre materiellen und geistigen Ansprüche können also nicht getrennt werden; sie bewirken einander wechselseitig und, davon sind wir überzeugt, sie werden jenes Menschenantlitz formen, um dessentwillen wir den Sozialismus lieben. Es wird

ein Menschenantlitz sein, das den grossen Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit ermöglicht.

Die vorerwähnte Konsumationsideologie hingegen unternimmt alles, um jede Entwicklung des Bewusstseins zu einem höheren Menschenbild hin zu verhindern, und dies nicht zufällig. Gibt es doch ohne Bewusstseinswachstum kein über das eigene Ich hinausgehendes Interesse. Gerade das aber wünscht und braucht der Kapitalismus in seiner heutigen Verwesungsphase dringend. Gewertet wird nur der einzelne, aber auch er nur als Konsument.

Konsumieren heisst nicht, seine Bedürfnisse in materieller und geistiger Hinsicht zu befriedigen; es bedeutet vielmehr, von einer unterschwellig angelegten Reklameflut von Konsumation gehetzt zu werden. Mit Hilfe dieser Reklameflut werden ständig neue (angebliche) Bedürfnisse in die Gehirne der Werktätigen gehämmert, Schönheitsideale aufgebaut, Verhaltensweisen als "flott" oder "smart", geradezu unabdingbar notwendig erklärt, und dieses ganze Unwesen als die grosse Freiheit proklamiert.

Wünschenswert und vertretbar ist nach dieser Theorie alles, was sich nur irgendwie verkaufen lässt. Das ist der einzige Gradmesser, der einzige Kompass, das einzige "moralische Gesetz", an das sich die Veranstalter halten; gleichgültig, ob es sich um Haarwoden, Sexualpraktiken unter wissenschaftlicher Maske, um Schallplatten oder um schwarze Lederjacken handelt, es bleibt dabei: der Käufer soll wenig denken und viel konsumieren. Wenn er aber schon denkt, dann nur daran, wieviel künstliche Bedürfnisse noch geschaffen werden könnten.

Sogar der Protest zorniger junger Menschen ist, sofern es sich nicht um organisierte Marxisten-Leninisten handelt, in dieses System des Verdienens um jeden Preis eingebaut. Hier taucht ein Problem auf, das wir in seiner ganzen Vielfalt immer wieder besonders mit jungen Menschen diskutieren müssen.

Für uns Marxisten-Leninisten stellen verschiedene äussere Verhaltensweisen, wie Haarschnitt, Bekleidung oder Neigung zu einer bestimmten Musikgattung keine erstrangige Frage dar. Wir meinen auch nicht, dass die jungen Leute zornig und widersätzlich sind, weil ihnen die Reife und die materiellen Sorgen fehlen, wie dies die Repräsentanten des Ausbeutersystems vorgeben. Nein, diese jungen Menschen haben ein sehr feines Gefühl für das Unbefriedigende und Untaugliche am herrschenden System. Aber dieser Zorn, dieses Unbehagen entspricht vielfach individualistischen Empfindungen, denen naturgemäss die Klarheit der Ideen Mao Tsetungs fehlen. Daraus ergibt sich nicht selten ein geradezu neurotischer Hang zu bestimmten modischen Gegenständen und Kategorien, die wohl einerseits als Symbole des Widerstandes gegen das sogenannte Establishment empfunden werden, andererseits aber selbst Ergebnis künstlich geschaffener Bedürfnisse sind. Die Kapitalisten selbst liefern diese modischen Requisiten des Widerstandes gegen das Establishment mit grosser Freude, und es gibt bereits ganze Industriezweige, die sich mit deren Herstellung befassen.

Eine bedeutende Rolle in der Frage der geistigen Korruption spielt auch die bewusst missbräuchliche Verwendung des Begriffes "modern". Die Propagandisten der herrschenden Klasse bezeichnen jede Eintagsfliege, jeden modischen Schnickschnack als modern.

Für uns ist das modern, was die Lösung dringender Probleme des arbeitenden Volkes näherbringt. Für uns ist das modern, was den Massen als Motor zur Vorantreibung der historischen Entwicklung dient. Für uns ist das modern, was die Massen der Erkenntnis näherbringt, dass sie allen Grund haben, das Volk zu lieben und ihre Todfeinde, die Kapitalisten, zu hassen. Für uns ist es modern, die Ideen Mao Tsetungs zu studieren, ihren Inhalt zu erkennen und sie anzuwenden:

DIESE IDEEN WERDEN DER GEISTIGEN KORRUMPIERUNG EIN ENDE SETZEN!

Die Statthalter zittern

Die "Volksstimme" vom 6.1.1970 brachte Auszüge einer Rede Husaks, in der er u.a. sagte: "Seit 1960 (also schon in der Ära Nowotny, A.d.Red.) wurde die Idee eines über den Klassen stehenden Staates des ganzen Volkes propagiert... daß der Staat des ganzen Volkes Realität geworden sei und die Diktatur des Proletariats aufgegeben werden könne." Dieses "...naive Überspringen der Etappen... (wie es Husak nennt, A.d.Red.)... wurde 1968 durch abstrakte Losungen über Freiheit, Demokratie, Menschlichkeit, ein neues Modell des Sozialismus, vertreten." - Man reibt sich das Auge und liest den Satz noch einmal! Ja ist denn aus dem Revisionisten-Saulus Husak ein Marxist-Leninist-Paulus geworden, der aus den Thesen der KP Chinas gegen den Chruschtschow-Revisionismus Sätze abschreibt?

Nein, keine Angst. Weder im Herzen Husak's noch in der Redaktionsleitung der "Volksstimme", die diese Sätze Husak's kommentarlos wiedergibt, hat sich eine Kulturrevolution abgespielt. Husak, dieser Statthalter der russischen Sozialimperialisten in der Tschechoslowakei, versucht nur, was alle Unterdrücker und ihre Knechte und Lakaien versuchten - nämlich nicht nur mit Gewalt, sondern auch mit Betrug zu regieren. Der "Staat über den Klassen", die "Partei des ganzen Volkes", das war ja seinerzeit der Chruschtschow-Schmäh mit dessen ideologischer Unterstützung auch in der Tschechoslowakei die alte und neue Bourgeoisie der Arbeiterklasse die Macht wieder entzogen hat.

In der gegenwärtigen Situation aber, in der Husak und sein so kleiner Haufe der Kollaborateure niemand anderen vertritt als die russischen Sozialimperialisten, die mit ihren Truppen im August 1968 die beginnende Rebellion der Arbeiter gegen Dubcek und die Unabhängigkeitsbestrebungen niederschlugen, und nun wirklich das ganze Volk gegen ihn steht, versucht Husak, die Diktatur der Sozialimperialisten, die Diktatur der Arbeiterverräter Breschnew und Konsorten, als Diktatur des Proletariats darzustellen! Und er glaubt - und betrachtet sich wahrscheinlich als einen besonderen Schlaumeier - die immer mehr um sich greifende revolutionäre Bewegung verwirren zu können.

Wie wenig sie selbst an das Gelingen dieses Schachzugs glauben, beweist ihre steigende Angst vor einer Volksrebellion und vor dem immer größer werdenden Einfluß der Ideen Mao Tsetungs. Bei der Verhaftung von zehn revolutionären Arbeitern und Studenten erklärte die Polizei, diese hätten das "System" bedroht. Fremdherrschaft und Unterdrückung können aber niemals Sozialismus sein. Was von diesen Verhafteten bedroht ist, das ist der russische Sozialimperialismus und die Macht ihrer tschechoslowakischen Handlanger.

Und sie haben nicht unrecht mit ihren Befürchtungen. Diese zehn jungen Revolutionäre stehen für Hunderttausende, die der sozialimperialistischen Herrschaft trotz Polizeiterror und Betrugsmanöver Widerstand leisten. Die machtvollen Kundgebungen der letzten Zeit zeigen das.

Auch der Warnungsruf der Husak-Schergen an ihre Kollegen in den anderen von den Sozialimperialisten beherrschten Ländern kommt nicht von ungefähr: Über all diesen Ländern weht der immer stärker werdende Sturm der Rebellion, der Sturm der Ideen Mao Tsetungs, wie z.B. letzte Nachrichten aus Ungarn bestätigen.

Wir grüßen all diese Rebellen als einen Teil der revolutionären Weltarmee, der auch wir uns zugehörig fühlen, die siegreich gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion vorwärtstürmt.

Es lebe der Befreiungskampf der Völker

FASCHISMUS AUF INDONESISCH

Die faschistische Bande Suharto-Nasution beweist ihre politische Schwäche durch ihr brutales Vorgehen gegen jeden nur irgendwie fortschrittlichen Zungenschlag. Ihre Gewalttaten streben nun wieder einem neuen Höhepunkt zu.

Nach den Ausführungen des indonesischen Staatsanwalts Sugih Arto vom 2. Oktober 1969 werden die politischen Häftlinge Indonesiens in drei Kategorien eingeteilt. Die Gruppe A umfasst jenen Personenkreis, der am 30. September 1965 an einem angeblichen kommunistischen Putsch teilgenommen haben soll. Man schätzt diese Kategorie auf etwa fünftausend Personen. Die Gruppe B enthält ungefähr zehntausend Menschen, denen zwar nichts nachgewiesen werden kann, die aber "umstürzlerische Tätigkeit" dringend verdächtig seien. Endlich umfasst die Gruppe C siebenundzwanzigtausend Personen, die der "Mitläuferschaft" zur KP Indonesiens angeklagt werden.

Die Personen der B-Kategorie sollen nun auf die Buru-Insel in den Molukken übergeführt werden. In neu zu errichtenden "Dörfern" werden je zweihundertfünfzig von ihnen untergebracht werden. Die Regierung verpflichtet sich, landwirtschaftliches Gerät sowie Nahrung und Bekleidung für acht Monate bereitzustellen; nach Ablauf dieser Zeit müssen sich die "Umsiedler" selbst erhalten. Da die in Aussicht genommenen Gebiete tief im unwegsamsten Dschungel liegen, besteht aller Grund zur Annahme, dass die Bande Suharto-Nasution ihre politischen Gegner im wahrsten Sinn des Wortes verhungern lassen will.

Die sogenannten "Umsiedlungslager" auf der Insel Buru unterscheiden sich in keiner Weise von den berüchtigten Internierungslagern der Holländer für indonesische Unabhängigkeitskämpfer in Boven (Westirian).

Das alles stört die russischen Sozialimperialisten überhaupt nicht. Wie aus Djakarta berichtet wird, sollen die Ende November ergebnislos abgebrochenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und Indonesien wieder aufgenommen werden. Diese Verhandlungen haben nicht etwa deshalb ein vorzeitiges Ende genommen, weil die Sowjetunion gegen den waschechten Faschismus in Indonesien protestiert hätte. Nein, weit gefehlt! Hier geht es einzig und allein um Nuancen im Dschungelkrieg kapitalistischer Interessen. Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 25. Oktober 1969 schreibt dazu: "Abgesehen von den freundlichen Kommentaren von Radio Moskau, die jetzt von der indonesischen Nachrichtenagentur "Antara" vor Beginn der zweiten Runde der Wirtschaftsgespräche herausgestellt werden, finden in der indonesischen Öffentlichkeit einige gezielte symbolische Gesten starke Beachtung: Bei der Erinnerungsfeier zu Ehren der sechs indonesischen Generäle, die am 1. Oktober 1965 von kommunistischen Jugendlichen grausam ermordet worden waren, erschien dieses Jahr erstmals der sowjetische Militärattaché. Der am 24. August in Djakarta eingetroffene Sowjetbotschafter Wolkow, der bisher in Bangkok tätig war, unternimmt alle Anstrengungen, mit den zivilen wie mit den militärischen Führern in ein gutes persönliches Verhältnis zu kommen. Der indonesische Religionsminister erhielt sogar eine Einladung nach Moskau, um dort einen Islamführer aus Kasachstan zu sehen."

Wenn auch das indonesische Volk heute von inneren und äußeren Feinden arg bedrängt wird, so mehren sich doch die Nachrichten über seinen erfolgreichen Kampf gegen die faschistische Diktatur.

Reicht doch die revolutionäre Tradition der indonesischen Arbeiter und Bauern noch in die Zeit zurück, zu der sich das Land der "dreitausend Inseln" unter dem Joch des niederländischen Imperialismus befand.

Nach der Augustrevolution von 1945 und der Errichtung der staatlichen Unabhängigkeit haben die indonesischen Werktätigen niemals aufgehört, Aktionen gegen den Imperialismus, den Neokolonialismus und den Feudalismus

durchzuführen. Besondere Berühmtheit haben ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit der Befreiung Westirians (West-Neuguineas) sowie gegen das ausländische Monopolkapital und zur Durchführung der Landreform erreicht.

Als im Oktober 1965 eine Gruppe reaktionärer Generäle unter der Führung von Suharto und Nasution die Macht an sich riss und noch nie dagewesene Massenmorde praktizierte, waren sich die fortschrittlichen Menschen des Landes des Umfangs der Tragödie sofort bewusst. Sie haben nicht daran gezweifelt, dass die mit Hilfe der USA errichtete faschistische Militärdiktatur die reaktionärsten Klassen des Landes repräsentierte: die bürokratischen Kapitalisten, die Kompradarenbourgeoisie und die Gutsherren.

Auf der Basis dieser Überzeugung begannen die indonesischen Kommunisten, die Massen des Volkes zum Widerstand zu organisieren. Sie erarbeiteten sich eine theoretische Grundlage, mit dem Ziel des Sturzes des Diktators Suharto-Nasution und der Erreichung der demokratischen Revolution mit der Perspektive auf den Sozialismus.

Die Revolutionäre sind fest davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, um dieses Ziel zu erreichen: den Weg des bewaffneten Kampfes in der Form des Volkskrieges.

Die Revolutionäre Indonesiens machten sich die allgemeingültigen Lehren Mao Tsetungs vom Volkskrieg zu eigen. Sie verlegten das Hauptgewicht des revolutionären Kampfes in die ländlichen Gebiete, mobilisierten die Bauern zum Kampf für die Agrarrevolution, entfalteten, gestützt auf die breiten Massen der Bauernschaft, einen Partisanenkrieg, strebten die Errichtung von Stützpunktgebieten auf dem Lande an, um von dort aus die Städte einzukreisen und die faschistische Diktatur zu stürzen.

Die ersten bewaffneten Kämpfe entwickelten sich auf der Hauptinsel, Java, wo den faschistischen Banditen schwere Schläge zugefügt wurden. Seit Mitte 1967 geht ein hartnäckiger Kleinkrieg unter der Führung der indonesischen Kommunisten in Kalimantan (Borneo) vor sich. Und in der letzten Zeit wird die Suharto-Nasution-Clique durch die Bauernaufstände und Partisanenaktionen in Sulawesi (Celebes) in Angst und Schrecken versetzt. Ungeachtet der Unterwerfung der faschistischen Regierung unter den US-Imperialismus, des forcierten Eindringens des japanischen Monopolkapitals in Indonesien und der fortgesetzten Waffen- und Wirtschaftshilfe seitens der Moskauer Sozialimperialisten wächst der Befreiungskampf des indonesischen Volkes. Er wird, mag es auch hier und dort zeitweilige Rückschläge geben, mit dem vollen Sieg des arbeitenden Volkes unter der Führung der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Indonesiens enden!

Marxisten-Leninisten der ganzen Welt, schließt euch zusammen, revolutionäre Völker der ganzen Welt, schließt euch zusammen, um den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder zu zerschlagen! Eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem wird aufgebaut werden.

Mao Tsetung

Tod den USA-Imperialisten —

Das VOLK von Vietnam wird siegen

WER SIND DIE WAHREN FREUNDE VON VIETNAM?

Zum 40. Jahrestag der Gründung der Arbeiterpartei Vietnams (seinerzeit: KP Indochinas) betonte das ZK der Kommunistischen Partei Chinas in einer Grußbotschaft den großen und bedeutsamen Beitrag, den das vietnamesische Volk durch seinen ausdauernden Volkskrieg gegen den US-Aggressor zum Antimperialistischen Kampf der unterdrückten Völkern und Nationen der ganzen Welt leistet. Die Nixon-Regierung verstärkte ihre konterrevolutionäre Doppeltaktik: einerseits "Friedens"beteuerungen und "Truppenabzug"tricks, andererseits Fortsetzung des Aggressionskrieges unter dem Deckmantel seiner "Vietnamisierung", um die US-Besetzung Südvietnams zu verewigen. Die chinesischen Kommunisten sind aber überzeugt, daß das heldenhafte Volk von Vietnam alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden wird, wenn es auf seiner Unabhängigkeit und Selbstständigkeit beharrt und sich auf die eigenen Anstrengungen stützt, heißt es darin.

Der nordvietnamesische Botschafter in Peking, Ngo Thuyen, stellte bei einem Essen, das er Vertretern der chinesischen Regierung und der Volksbefreiungsarmee gab, in einer Begrüßungsrede fest, daß das vietnamesische Volk, welches im Kampf für seine nationale Unabhängigkeit den amerikanischen Aggressoren bereits schwere Schläge zugefügt hat, fest entschlossen ist, den endgültigen Sieg zu erkämpfen. Er sagte: "Die gesamte Partei, die ganze Armee und das ganze vietnamesische Volk sind, eingedenk des Aufrufes unseres hochgeschätzten und geliebten Präsidenten Ho Chi Minh, bereit zu kämpfen, solange sich auch nur ein einziger Aggressorsoldat noch auf unserem Boden befindet. Der Botschafter betonte, daß jeder Vietnameser die berühmten Worte Mao Tsetungs im Herzen trägt: "Das chinesische 700-Millionen-Volk gibt dem vietnamesischen Volk einen mächtigen Rückhalt; die riesigen Räume von Chinas Territorium sind sein verlässliches Hinterland." Das vietnamesische Volk, die Partei und die Regierung der DRV danken China und Vorsitzendem Mao von ganzem Herzen für ihre wertvolle Unterstützung, fügte Ngo Thuyen hinzu.

Der chinesische Vizeaußenminister Han Nien-lung erklärte in seiner Antwortrede, daß China und Vietnam in ihrem fortgesetzten Kampf gegen den Imperialismus einander immer unterstützt und ermutigt haben. Dadurch sei die Freundschaft der beiden Völker, die sich auf den proletarischen Internationalismus gründet und wiederholt in der Praxis erprobt wurde, immer stärker geworden. Die hinterhältigen Aktivitäten des Imperialismus und des Sozialimperialismus, die auf die Zerstörung dieser Freundschaft abzielen, seien zum schändlichen Scheitern verurteilt. Trotz seiner Intrigen gelinge es dem amerikanischen Imperialismus nicht, seiner Schwierigkeiten in der Welt und in den USA selbst Herr zu werden. Das vietnamesische Volk habe aber den Beweis erbracht, daß auch ein kleines Volk einen noch so mächtigen Aggressor überwinden kann, wenn es in einem langwierigen revolutionären Krieg ausharrt. Das chinesische Volk -so schloß Han Nien-lung- werde, bewaffnet mit den Ideen Mao Tsetungs und gestärkt durch die große proletarische Kulturrevolution, dem vietnamesischen Bruderfolk auch weiterhin tatkräftigste Hilfe leisten.

Wir österreichische Marxisten-Leninisten haben niemals daran gezweifelt, daß die wahren Freunde Vietnams nur jene sind, die den beharrlichen bewaffneten Kampf gegen die Unterdrücker auf ihre Fahnen geschrieben haben, nicht aber jene, die sich, wie jetzt bei dem "SALT"-Atomkriegskomplott, mit den USA-Imperialisten gegen die für ihre Freiheit kämpfenden Völker verschwören. Die Sozialimperialisten benützen ihre scheinbare "Hilfe", um die Flammen des Widerstandskrieges zu ersticken und das vietnamesische Volk um die Früchte seiner Revolution zu betrügen. Auch sie sind Feinde Vietnams, auch sie werden ihre Niederlage erleiden.